

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und  
Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Breite  
Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Augen-Genosse“. Der Bezugspreis  
beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat September 150 Mk.,  
im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.  
Fernsprecher: Rufnum. 1970, 1971 und 1972. Amt Postamt 2021.  
Redaktionssekretariat: Bondhoff 5593.

Berlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die goldgehaltene Kupferlegierung ober deren Raum kostet 25.— Mk.,  
einschließlich Anfertigung. Keine Ausgabe: Das letztgedruckte Wort  
4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anfertigung.  
Laufende Umsätze laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gelände  
10.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gelände in Wort-Anzeigen: das  
gedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Bondhoff 4190, 4191 und 4192,  
Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Berliner Verhandlungen

Ueber Ausgangsmöglichkeiten der Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien werden in der führenden Presse des In- und Auslandes die mannigfaltigsten Kombinationen gegeben. Es ist natürlich zwecklos, sich damit groß zu beschäftigen. Allgemein herrscht die Auffassung, daß es bald zu einer Verständigung kommen werde. Innerhalb der deutschen Regierung fanden eine Reihe von Besprechungen statt, über deren Ausgang Stillschweigen bewahrt wird. Die belgischen Delegierten wurden heute in Berlin erwartet. Nach einem Bericht der Pariser „Liberte“ vertritt Delacroix die Auffassung, daß es ein schwerer Fehler des Versailler Vertrages war, die deutschen Reparationszahlungen festgesetzt zu haben, da infolge der Ungewißheit niemand gemagt habe, Deutschland einen Kredit zu gewähren. So gerecht auch der Deutschland auferlegte Reparationsbeitrag von 132 Milliarden sei, so sehr habe er erschreckt. Deutschlands Schuldenlast sei durch die Markentwertung um weit größere Beträge vermindert worden, als durch eine Kapitalsteuer hätte aufgebracht werden können. In Paris glaubt man die Berliner Verhandlungen in zwei Tagen erledigen zu können. Man wolle ja nur die deutschen Vorschläge entgegennehmen. Die Entscheidung treffe das belgische Kabinett.

### Belgien verlangt Bankgarantie

(E.A.) Paris, 4. September. Aus Brüssel wird dem „Temps“ gemeldet: Die belgischen Delegierten der Reparationskommission Delacroix und Bemelmans reisen heute abend nach Berlin. Sie werden von dem Vantier Whilpion begleitet werden. Die belgischen Delegierten hatten heute nachmittags eine letzte Zusammenkunft mit Deunis und Jadver, die Anweisungen des belgischen Ministerpräsidenten sind sehr formell und können die Ursache sein, die in gewissen interalliierten Kreisen herrscht, wo man glaubt, daß Belgien die Kosten des letzten Beschlusses der Reparationskommission bezahlen und die 250 Millionen nicht erhalten werde, auf die es in diesem Jahr noch Anspruch habe. Der belgische Ministerpräsident werde keinerlei Aufschubmittel anerkennen, zumal Belgien Geld brauche.

Man erklärt in Brüssel, daß das Reich für den gegenwärtigen Zustand der Dinge verantwortlich sei, weshalb man ihm zwar Zahlungserleichterung geben müsse, es aber von seinen Reparationsverpflichtungen nicht befreien wolle. Deutschland müsse also in solcher Weise bezahlen, daß dadurch die Zahlungen für 1923 nicht behindert würden. Man werde solche Garantien verlangen, daß die Schatzwechsel leicht eskontiert seien. Falls die Reichsregierung Schwierigkeiten mache, würden die belgischen Vertreter die Goldüberweisungen in auswärtige Banken fordern. Und wenn das Reich auf diese Forderung ablehne, würde Belgien sich an die

Reparationskommission wenden, die darauf die abschließliche Verfestung Deutschlands festzustellen hätte. Dann könnten die alliierten Regierungen Zwangsmaßnahmen ergreifen. In politischen Kreisen Belgiens sei man aber optimistisch gestimmt. Man glaube, daß man nicht die Garantien einzelner, sondern amerikanischer Banken fordern werde.

(E.G.) Paris, 4. September. Einer der belgischen Vertreter, die heute nach Berlin reisen, erklärte einem Vertreter des „Antranikiani“, daß Belgien Garantien fordern werde, damit es, falls es Geld brauche, dieses auf Grund der deutschen Schatzwechsel im Betrage von 270 Millionen Goldmark in der Bank von England, von der Bank von Holland oder der Garantie Trust Company abheben könne. Falls diese Garantien angeboten würden, sei alles in Ordnung. Würde Deutschland die Verpflichtung eingehen, daß die Reichsbank den Gegenwert des Betrages der Schatzwechsel in Goldmark reserviere und ihn somit zur jederzeitigen Verfügung der Inhaber der Schatzwechsel halte, so würde eine Ueberführung dieses Goldbetrages in eine alliierte Bank nicht verlangt werden.

### Amerika zur Mithilfe bereit

(E.P.) London, 4. September. Wie der Korrespondent der Morningpost meldet, hat das Weiße Haus auf die Anfrage eines Journalisten, wie sich die Regierung zur Einladung zu einer internationalen Finanzkonferenz verhalten würde, eine offizielle Antwort veröffentlicht, wonach die Regierung zur gegebenen Zeit bereit sei, an der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Europas mitzuwirken. Der Korrespondent teilt mit, daß bis jetzt noch keine Anfrage aus Europa eingetroffen sei und daß man noch keine bestimmten Informationen über die Absichten Frankreichs in der Reparationsfrage erhalten habe. Da Frankreich sich aber dem bisherigen Standpunkt der Vereinigten Staaten anzuschließen scheint, daß die im Versailler Vertrag angelegte Reparationssumme zu hoch sei, bestche die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten sich schon in nächster Zeit einer solchen Initiative anschließen würden. Verschiedene Senatoren erklärten dem Korrespondenten, daß ihnen zwar die Absichten des Präsidenten Harding nicht bekannt seien, daß aber an die Annulierung der Schulden Europas nicht gedacht werden könne. In Frage würden nur langfristige Anleihen für diejenigen Länder kommen, deren Finanzen balanciert werden müssen. Sollte die Konferenz sich der Aufnahme von Regierungsanleihen widersetzen, so müßte man zu Bankanleihen Zuflucht nehmen, die die Regierungen unterstützen würden. Amerika würde sich nur an einer internationalen Finanzkonferenz beteiligen, wenn diese Konferenz nach Washington einberufen würde. Diese Konferenz werde jedoch erst nach den Wahlen im November stattfinden können.

### Und die Lösung?

Bald hier, bald dort kommt es zu Lebensmittelkrawallen. In Berlin stürmen darbenende Frauen die Markthallen, in Eberswalde werden die Läden geplündert, anderwärts sind ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen. In der Hauptsache sind es zwei Gründe, auf die diese Revolten zurückzuführen sind. Das Unvermögen der breiten Massen, den Lohn mit den wahnwitzig gestiegenen Preisen der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel in Einklang zu bringen, und weiter der grenzenlose Hunger, der umgeben mit sich breit macht und durch diese Schrankenlosigkeit geradezu aufreizend wirkt.

Wie es in den Arbeiterfamilien aussieht, davon haben nur direkt Betroffene Kenntnis. Alle Schilderungen des Elends der großen Masse des arbeitenden Volkes verblasen gegenüber der traurigen Wirklichkeit. Die Schrecken des furchtbaren Kriegswinters 1916-17 wiederholen sich, ja, sie werden noch übertrumpft. Damals hatte wenigstens der in der Rüstungsindustrie beschäftigte Teil der Arbeiter, dank der gesteigerten Löhne und dank der Heranschaffung von Lebensmitteln durch die Betriebsleitungen, die Möglichkeit, sich das Notwendigste für den bloßen Lebensunterhalt zu kaufen. Heute ist es anders. Die Löhne der Gegenwart sind, gemessen an den gestiegenen hohen Lebenshaltungskosten, nur ein Bruchteil der Löhne der Rüstungsarbeiter. Und um die Beschaffung billiger Lebensmittel kümmert sich die deutsche Industrie nicht mehr. Höchstens trägt sie durch gewissenlose Konjunkturgewinne zur allgemeinen Teuerung bei und erschwert dadurch die Ausgleiche zwischen den Löhnen und der Beschaffung der Bedarfsartikel des täglichen Lebens, wie sie andererseits, im Gegensatz zu den Kriegsjahren, eifrig bestrebt ist, die Löhne möglichst niedrig zu halten.

Die Wirkungen dieses Mißverhältnisses zwischen Löhnen und Preisen sind in die Augen springend. Die Volksgesundheit wird untergraben, Skorbut und Tuberkulose nehmen erschreckend zu. Am schlimmsten leidet der Nachwuchs. Wenn Oberbürgermeister Böß dieser Tage in seinem Vortrag vor Pressevertretern sagte, daß 80 Prozent der Berliner Kinder unterernährt und über 50 Prozent tuberkulös, das heißt lungentkrankt sind, so sind diese Angaben, die von der Wirklichkeit vielleicht noch übertrumpft werden, geradezu erschütternd. Indessen, nicht nur die Jugend ist unterernährt, sondern das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit. Und je länger dieser Zustand dauert, je mehr der Reservesfonds an Energie und an Lebenskräften aufgezehrt wird — und infolge der jahrelangen Entbehrungen ist er bereits stark aufgezehrt —, um so verheerender werden die Auswirkungen sein. Verzweiflungssakte sind dann unvermeidlich, oder aber die breiten Massen versinken in jenes Elend, das keine Auflehnung mehr kennt, sondern nur noch ein willenloses Sich-Fügen, ähnlich der völligen Apathie, die uns aus Schilderungen über die russische Hungersnot bekannt ist. Inwieweit unsere Agrarier und Industriellen an einem solchen Versinken der Arbeiterklasse interessiert sind, inwieweit sie es durch die Ausweitung des Volkes begünstigen, ist eine Frage, die wir in diesem Zusammenhange nicht erörtern wollen.

Aber nicht nur die Ernährungslage des Volkes ist eine ruinierte, sondern auch der Zustand des Haushalts der Arbeiter, der Sozialrentner und der Kleinrentner. Die Bestände an Wäsche und Kleidung können seit Jahren nicht mehr erneuert werden. Während des Krieges nicht, weil es an Rohstoffen und demgemäß an Fertigfabrikaten mangelte, und jetzt nicht, weil die Ausgaben für Lebensmittel und Miete allein — das heißt der bisherigen Miete, denn im Oktober erfährt die Miete ja eine wesentliche Steigerung — das Lohnverkommen verschlingen. Oft aber reichen die Löhne nicht einmal zur Anschaffung der Lebensmittel und Miete aus. Das Resultat ist ein Verkommen im Arbeiterhaushalt. Nicht, als ob die deutschen Arbeiterfrauen weniger sorgsam und weniger arbeitsam wären als früher. Nein, die Arbeiterfrauen müssen heute weit mehr arbeiten, müssen, um die grimmige Not abzuwehren, häufig genug noch gewerblich tätig sein. Aber die beste Hausfrau erlahmt, die sorgsamste Mutter verliert die Hoffnung, wenn im Wäschehaufen kein heißes Stück mehr ist, wenn ihr selbst der Blick auf dem Blicken fehlt und das Näh- und Stopfgarn unerträglich ist. Darin liegt, ebenso wie in der ständigen Unterernährung und in dem Verbrauch der letzten Energie, eine starke Bedrohung der Kultur und des Befreiungskampfes der Arbeiter.

### Die Einigungsverhandlungen

Am Montag vormittag tagte eine Sitzung von Vorstandsmitgliedern der beiden sozialistischen Parteien zur Besprechung der Einigungsfrage. Die Sozialdemokratische Partei war vertreten durch Bartels, Adolph Braun, Mollenhuth, Hermann Müller, Pfannkuch und Otto Wels, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei durch Crispian, Dittmann, Hilferding und Ludwig. Zunächst wurde die Programmfrage behandelt. Dem Nürnberger Einigungsparitätstag, der den beiden gesonderten Parteitag in Augsburg und Gera unmittelbar folgen soll, soll empfohlen werden, eine Programmkommission einzusetzen, um ein allgemeines Parteiprogramm auszuarbeiten, das einem späteren Parteitag der geeinten Partei zur Beschlussfassung unterbreitet werden kann.

Die Einigung selbst soll erfolgen auf Grund eines gemeinsam ausgearbeiteten Aktionsprogramms, das die nächsten und dringendsten Forderungen der Gegenwart enthält. Von beiden Seiten lag ein Entwurf dazu vor. In gemeinsamer mehrstündiger Arbeit wurde unter Benutzung der vorgelegten Entwürfe ein Aktionsprogramm fertiggestellt, das im Laufe des heutigen Tages der Presse beider Parteien zugestellt wird, so daß es Mittwoch veröffentlicht werden kann. Zur Vorbereitung der organisatorischen Verständigungsarbeiten wurde eine kleine Kommission eingesetzt, der von jeder Seite zwei Genossen angehören. Sobald diese Genossen die Vorarbeiten erledigt haben,

werden die Vorstände beider Parteien wieder zur Beratung zusammentreten.

### Waffenstillstandsbitte Griechenlands

London, 4. Sept. „Evening Standard“ berichtet, daß die griechische Regierung an die Alliierten herangetreten sei, um einen Waffenstillstand im griechisch-türkischen Krieg herbeizuführen. In maßgebenden Kreisen in London werde erklärt, daß sowohl die Lage der Griechen in Smyrna wie auch die innere Lage in Athen sehr schlecht sei. Vielleicht würden die Griechen Kleinmassen freiwillig räumen. Die Stellung der Athener Regierung sei kritisch. Wenigstens habe eine Einladung erhalten, nach Athen zurückzukehren. Zahlreiche griechische Blätter forderten den Rücktritt der Regierung.

### Dr. Düringer abgesetzt

Karlsruhe, 4. September. Wie aus Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei in Baden mitgeteilt wird, fand gestern bei starker Beteiligung aus allen Teilen des Landes eine Sitzung des Landesausschusses der Partei statt, die auch zu dem Austritt des Abgeordneten Dr. Düringer aus der Reichstagsfraktion Stellung nahm. Unter Berücksichtigung aller Begleitumstände wurde einstimmig beschlossen, Dr. Düringer aufzufordern sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei und sein Reichstagsmandat niederzulegen, da er das Vertrauen der Partei nicht mehr besitze.

Dr. Düringer hatte sich den Tag seiner deutschnationalen Parteifreunde zugesprochen, weil er gegen die reaktionäre Nordhebe Stellung genommen hatte.









